

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

27.03.2024

# Inhalt

## EWN

- 1 | **LNG-Terminal Mukran: Keine Genehmigung vor Ostern**  
*Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung, 27.03.2024* ..... 3
- 2 | **Von ihrem ehemaligen Staatssekretär mitverfasst: Wie unabhängig ist Lemkes AKW-Studie?**  
*noz.de (Neue Osnabrücker Zeitung), 26.03.2024* ..... 4

📰 Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung | 27.03.2024 | S. 9

📄 Auflage: 8.242 | Reichweite: 24.426

👤 Anne Ziebarth, Kay Briesewitz

## FLÜSSIGGAS-TERMINAL „DEUTSCHE OSTSEE“

# LNG-Terminal Mukran: Keine Genehmigung vor Ostern

### Der Tanker „Maran Gas Alexandria“ soll Flüssigerdgas zu Testzwecken verladen

*Der Tanker „Maran Gas Alexandria“ soll in den kommenden Tagen Flüssigerdgas zu Testzwecken verladen. Das Schiff ist im Hafen Mukran angekommen. Unterdessen wartet die Deutsche Regas auf einen weiteren Genehmigungsbescheid.*

Seit Ende Februar liegt das rund 300 Meter lange LNG-Speziialschiff „Energos Power“ in Mukran, der Testbetrieb wurde bereits gestartet. Doch bevor das wiedererwärmte Erdgas dauerhaft in die rund 50 Kilometer lange Pipeline nach Lubmin fließen kann, ist eine weitere Genehmigung erforderlich. „Es ist nicht davon auszugehen, dass der Genehmigungsbescheid noch vor Ostern ausgelegt wird“, heißt es vom zuständigen Umweltministerium des Landes. Doch vor der Küste Jasmunds tut sich etwas.

Der LNG-Tanker „Maran Gas Alexandria“ war in der vergangenen Woche vor der Küste unterwegs und zog seine Kreise. Am Dienstagmorgen hat er den Hafen von Mukran erreicht. „Entsprechend der Genehmigung für den Probetrieb am Energie-Terminal ‚Deutsche Ostsee‘ wird in den kommenden Tagen LNG aus Norwe-

gen von dem Carrier ‚Maran Gas Alexandria‘ zu Testzwecken verladen, regasifiziert und eingespeist“, heißt es vom Unternehmen. „Die Genehmigung für den Regelbetrieb erwarten wir nach Abschluss des Probebetriebs in den nächsten Wochen.“ Auch die Gegner des Vorhabens warten auf die Genehmigung. Denn in der Gemeinde Binz, die das LNG-Terminal in den vergangenen Monaten immer wieder scharf kritisiert hatte, setzt man auf die juristische Karte.

Bürgermeister Karsten Schneider hatte angekündigt, Klage gegen die Inbetriebnahme beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig einzureichen. Das LNG-Terminal habe schwerwiegende rechtliche und sicherheitstechnische Mängel. Am Ostersonntag um 18 Uhr rufen mehrere Bürgerinitiativen zu einer Protestaktion am Strand von Binz auf.

📰 noz.de (Neue Osnabrücker Zeitung) | 26.03.2024

👤 Johannes C. Bockenheimer

🔗 WEBLINK

## ANALYSE FÜR UMWELTMINISTERIUM

# Von ihrem ehemaligen Staatssekretär mitverfasst: Wie unabhängig ist Lemkes AKW-Studie?

Eine neue Untersuchung kommt zu dem Schluss, dass die Kernenergie keine Zukunft hat. Finanziert wurde die 274 000 Euro teure Analyse aus dem Budget von Grünen-Politikerin Steffi Lemke, die eine enge Arbeitsbeziehung zu den beteiligten Wissenschaftlern pflegt.

In drei Wochen jährt sich erstmals die Abschaltung der letzten drei verbliebenen Atommeiler, und bereits vor Jahresfrist lässt sich feststellen: Deutschland hat mit der Kernenergie abgeschlossen. Denn eine ernsthafte Diskussion über einen Wiedereinstieg gibt es nicht – zumindest wenn man von sporadischen Wortmeldungen aus Wissenschaft und Opposition absieht.

„Wir brauchen die Atomkraft schlichtweg nicht“, schrieb Bundesumweltministerin Steffi Lemke noch am Tag des Ausstiegs, „es gibt bessere Alternativen.“ Und gab damit die Argumentationslinie der deutschen Regierung vor: Für sie war die Kernenergie ein technologischer Irrweg und der Ausstieg somit nur die logische politische Konsequenz.

### Studie kommt zu absehbarem Ergebnis

Einen wissenschaftlichen Beweis dafür, dass die Technologie unbrauchbar ist, hätte es daher eigentlich gar nicht mehr gebraucht. So sollte man mehr als elf Monate nach dem Atom-Aus meinen. Erbracht wurde er nun aber trotzdem.

Die Markteinführung von alternativen Reaktorkonzepten sei zurzeit „nicht absehbar“, heißt es in einer Studie, die vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) in Auftrag gegeben und am Donnerstag veröffentlicht wurde.

In dem 600-seitigen Bericht wird die kommerzielle Nutzung neuer Reaktorkonzepte der sogenannten „Generation IV“ untersucht. Und letztlich verworfen: „Wir müssen erwarten, dass aus sicherheitstechnischer Sicht die möglichen Vorteile dieser Reaktorkon-

zepte von Nachteilen und den nach wie vor ungeklärten Fragen überwogen werden“, fügte BASE-Präsident Christian Kühn bei der Studien-Vorstellung kritisch hinzu.

Der Studie des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) wird in mehrfacher Hinsicht fehlende Wertneutralität vorgeworfen. Foto: IMA-GO/Willi Schewski

Kühn war damit ganz auf der Linie von Umweltministerin Lemke – was alles andere als überraschend ist.

Denn einerseits ist seine Behörde dem Ministerium der Politikerin direkt unterstellt. Andererseits ist Kühn ein enger Vertrauter von Lemke. Nicht nur besitzt er das gleiche Parteibuch wie die Grünen-Politikerin, er diente Lemke auch zwei Jahre lang als Staatssekretär, bevor die Ministerin ihn dann im Februar zum Chef der Bundesbehörde beförderte.

### Lemkes kurzer Draht zu den Wissenschaftlern

Doch nicht nur mit Amtsleiter Kühn, auch mit den Instituten, die für die Erstellung der Studie beauftragt wurden, verbindet die Ministerin eine enge Arbeitsbeziehung. Da wäre einerseits Studienleiter Christoph Pistner, der für das Darmstädter Öko-Institut arbeitet: Ihn hatte Lemke 2022 als stellvertretenden Vorsitzenden der staatlichen Reaktor-Sicherheitskommission (RSK) bestellt. Das Gremium berät die Bundesregierung in Fragen der Reaktorsicherheit.

Ebenfalls an der neuen Untersuchung beteiligt war das Physikerbüro Bremen, dessen Chef, Richard Donnerer, von Lemke 2022 die Leitung der RSK übertragen wurde. Als dritter Studienleiter wurde schliesslich der Volkswirt Christian von Hirschhausen eingesetzt, der an der TU Berlin forscht. Alle drei hatten sich dabei in den vergangenen Jahren immer wieder mit Forderungen nach einem Ausstieg aus der Atomenergie hervor-

getan.

*„Die Nutzung der Atomkraft zur Energieerzeugung hat sich in keinem Moment der Geschichte ökonomisch gelohnt.“ - Christian von Hirschhausen*

### Volkswirt von der TU Berlin

So schrieb etwa von Hirschhausen bereits 2014 in einer Analyse, dass sich die „Atomkraft jeglicher ökonomischen Rationalität“ entziehe. In einem Gastbeitrag für das Öko-Institut wiederholte er seine These im vergangenen Jahr: „Die Nutzung der Atomkraft zur Energieerzeugung hat sich in keinem Moment der Geschichte ökonomisch gelohnt. Es gibt bis heute kein einziges Atomkraftwerk, das Geld erwirtschaftet hätte. Ganz im Gegenteil: Es entstehen immense Verluste.“

### Atomgipfel in Brüssel

Nun kann es eine legitime wissenschaftliche Position sein, die Risiken der Kernkraft höher zu bewerten als ihren Nutzen. Es gibt aber in der Wissenschaft auch viele Stimmen, die es anders sehen. Und nicht nur dort, auch in der Politik und unter Wirtschaftslenkern weltweit durchläuft die Kernenergie gegenwärtig ein Revival. So tagte am Donnerstag 600 Kilometer entfernt, im belgischen Brüssel, der erste Atomgipfel.

*„Wir verpflichten uns dazu, das Potenzial der Nuklearenergie voll auszuschöpfen.“ - Gemeinsame Erklärung der Atomgipfel-Teilnehmer in Brüssel*

Die angereisten Staats- und Regierungschefs der mehr als drei Dutzend Nationen waren sich am Ende des Spitzentreffens einig: Ohne die Kernenergie wird der klimaneutrale Umbau der Wirtschaft nicht gelingen. „Wir verpflichten uns dazu, das Potenzial der Nuklearenergie voll auszuschöpfen“, hieß es in der gemeinsam verabschiedeten Erklärung. Aus Deutschland war indes kein Regierungsvertreter angereist.

Die Auswahl der Wissenschaftler für Lemkes Studie lässt daher Zweifel aufkommen, ob der Behörde wirklich an einer wertneutralen Untersuchung gelegen war. Auf die Frage, ob hinsichtlich der Auswahl der Studienleiter zuvor behördenintern eine mögliche Befangenheit der drei Forscher diskutiert worden sei, reagierte BASE-Präsident Kühn am Donnerstag ausweichend. Man habe sich „für wirkliche Fachexperten aus der Wissenschaft“ entschieden, versichert er nur.

### Steuerzahler kostet Untersuchung eine Viertelmillion Euro

Überraschende Ergebnisse, die dem politischen Kurs von Behörde und Ministerium zuwiderlaufen, mussten also weder Kühn noch Lemke vor Veröffentlichung der Studie fürchten. Zumal Lemkes Ministerium auf eine lange, vertrauensvolle Kooperation mit einer der Forschungseinrichtungen, dem Öko-Institut, zurückblicken kann. Dutzende Aufträge für Studien und Untersuchungen hat das Ministerium in den vergangenen Jahren an die Darmstädter vergeben.

Allein seit Lemkes Amtsantritt im Dezember 2021 seien sieben Aufträge und Zuwendungen mit einem Gesamtvolumen von 1,1 Millionen Euro an das Öko-Institut vergeben worden, teilte das Ministerium auf Anfrage mit. Und die Arbeit der Darmstädter wird auch von anderen Grünen-Politikern gerne in Anspruch genommen, wie der Fall Robert Habeck zeigt. Sein Haus bewilligte im gleichen Zeitraum neun Aufträge und Zuwendungen an das Institut mit einem Gesamtvolumen von 5,1 Millionen Euro.

Für die Umsetzung der jetzt vorgelegten Studie hat das BASE insgesamt 274 000 Euro an die Forscher bezahlt. Das Geld kam dabei zumindest indirekt aus Lemkes Kasse: Das Bundesamt werde als nachgeordnete Behörde grundsätzlich aus dem Etat des Ministeriums finanziert, hieß es auf NZZ-Anfrage. Die Behörde bestreitet allerdings, dass man sich für die Studie gezielt dem eigenen Haus nahestehende Institutionen gesucht habe.

### Opposition wittert Gefälligkeitsstudie

Den Beteiligten sei bei der Studie „Ergebnisoffenheit und uneingeschränkte Freiheit in ihrer Arbeit und Analyse“ zugestanden worden. Vielmehr habe der Verbund aus Öko-Institut, Technischer Universität Berlin und Physikerbüro Bremen den Zuschlag nach einer öffentlichen, europaweiten Ausschreibung erhalten. Allerdings gab es auch keine Konkurrenz: „Weitere Bewerbungen lagen nicht vor“, teilt das Amt mit.

„Wenn eine Behörde einen Auftrag an eine bestimmte Institution vergeben möchte, gibt es dafür durchaus Wege und Mittel“, sagt ein Düsseldorfer Anwalt, der sich auf Vergaberecht spezialisiert hat, seinen Namen aber nicht öffentlich machen möchte. So könne eine Behörde zum Beispiel die Anforderungen an die Bewerber derart spezifisch ausführen, dass am Ende nur der gewünschte Auftragnehmer infrage komme.

In der Opposition wittert man deshalb eine Gefälligkeitsstudie: „Wenn die Studie einer nachgeordneten Behörde für viel Geld die politische Meinung der Mi-

nisterin bestätigt, bleibt ein fader Beigeschmack“, sagt der stellvertretende CDU-Vorsitzende Jens Spahn.

Lemke liegt zudem sachlich falsch: „Wir könnten den Strom der Kernkraftwerke gerade sehr gut gebrau-

chen. Denn wir sind in Spitzenverbrauchszeiten nicht mal mehr ansatzweise in der Lage, unseren nationalen Bedarf ohne Importe zu decken.“ Daher sei klar: Deutschland könne auf die Option Kernkraft derzeit nicht verzichten.